

Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der illustrierten Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14-tägig erscheinenden Beilagen „Tribüne“
„Die Rote Sichel“, „Der Jungprolet“, „Die Genossen“

Anzeigenpreise: Die 4-spaltige Millimeterzeile ab deren Raum 2500.- M. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verleumdungen und Verleumdungen 1000 M. Kleinanzeigen pro Wort 200 M. - Meldepreis: Die Millimeterzeile 4-spaltig oben deren Raum im Regt 15 000 M.

Freitag, den 10. August 1923

Bezugspreis: Durch Vorabdruck 22.000 M. pro Woche. Durch die Post 20.000 M. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrags für Monat August. Redaktion und Expedition: Breslau, Erbprinzenstraße 10. - Postfach 1000. Breslau Nr. 810 60. - Fernsprecher: Breslau, Ring 8337.

Die Betriebsräte Schlesiens vor die Front!

Achtung! Betriebsräte-Konferenz!

An alle Betriebs-, Angestellten- und Beamtenräte!

Kollegen! Immer verzweifelter gestaltet sich die Situation, in welcher das gesamte Volk Deutschlands zu leben gezwungen ist. Immer unheimlicher grinst das Gespenst Hunger die Kopf- und Handarbeiter Deutschlands an. Unsere Mark jagt, trotz der sogenannten Stützungsaktion mit rasender Schnelligkeit bergab. Wir existieren fast in der Papierflut, welche die Reichsdruckerpressen herstellen. Kein gewerkschaftlicher Kampf hat es bis jetzt fertig gebracht, den Hand- und Kopparbeitern das zu geben, was unbedingt zum Leben notwendig ist. Die Preiserhöhungen auf alle Gegenstände des täglichen Bedarfs schnellen blitzartig in die Höhe, jede Gehalts- und Lohnerhöhung illusorisch machend. Wir gehen einem Massensterben entgegen, sagte Oberbürgermeister Voss von Berlin.

Und trotz dieser furchtbaren Leiden des gesamten arbeitenden Volkes feiert ein gewissenloses Schieber- und Buchergestapel wahre Triumphe.

Und niemand gebietet ihnen Halt, niemand weist diese Verbrecher in die Schranken.

Das hand- und kopparbeitende Volk kann sich, gestützt auf seine Betriebsräte, nur selber helfen.

Der Reichsausschuß der Betriebsräte ruft deswegen für

Sonntag, den 12. August, vormittags 9,30 Uhr, nach Breslau in den großen Saal der „Wratzlawia“ am Mauritiusplatz eine

BETRIEBSRÄTE-KONFERENZ

für Schlessien ein.

In dieser furchtbaren Situation, wo es um Sein oder Nichtsein geht, bitten wir uns nicht in kleinlichen Tagesfragen gegenseitig zu zerstreuen. Gleichviel welcher Parteirichtung wir immer angehören, kommt alle, um noch in zwölfster Stunde die Katastrophe abzuwenden.

Der Reichsausschuß der Betriebsräte

Die Reaktion heht gegen den Betriebsrätekongreß

Das Organ der Scharfmacher und Krantjuner, die „Schlesische Zeitung“, versucht, die Behörden gegen den für Sonntag einberufenen Betriebsrätekongreß scharf zu machen. Es schreibt:

Auch die Versammlung der Betriebsräte, die für Sonntag von linksradikaler Seite nach Breslau einberufen ist, kann nur dazu dienen, weitere Verwirrung anzurichten. Man muß fragen, ob die obersten Behörden der Provinz einen solchen Treiben ruhig zusehen wollen. Tun sie es, dann sabotieren sie selbst die Regierung in Berlin. Die Ruhe, mit der man die Dinge auf die Spitze treiben läßt, ohne daß der Staatsanwalt die offensichtlichsten Aufreizungen zu Verwittlungen verfolgt, widerspricht sehr der Geschäftigkeit, die sich sonst beim Wüten einer Gefahr von rechts geltend macht.

Die schlesischen Arbeiter können daraus erkennen, daß die Krant- und Industriebetriebe nicht mehr für den, als das Gewäch der Arbeiterschaft und eine Aktion der Betriebsräte. Weil die Arbeiterschaft es satt hat, ihre Arbeitskraft für ein oder zwei Pfund Margarine in der Woche zu verkaufen, weil sie am Sonntag über die Wege beraten will, die aus der Hungerkatastrophe herauszuführen, deshalb rufen die Arbeiterfreunde nach dem Staatsanwalt. Das Geschrei der Reaktionsäre beweist, daß die Arbeiterschaft auf dem rechten Wege ist.

Alle Klassenbewußten Arbeiter müssen dafür sorgen, daß der am Sonntag stattfindende Betriebsrätekongreß so stark aus allen Teilen Schlesiens besetzt wird, daß er in der Lage ist, diejenigen Entscheidungen zu treffen, die im Lebensinteresse des Proletariats unaußweichbar und unerlässlich sind.

Passive Resistenz Berliner Großbetriebe

Delegationen in den Reichstag

Berlin, 10. August.

Die Belegschaften der meisten Berliner Großbetriebe traten gestern in passive Resistenz. In den Elektrizitätswerken in Rummelsburg und Moabit wurde am gestrigen Tage die passive Resistenz veranlaßt, daß der Strom stellenweise ausblieb. In Postwalde fanden in allen Betrieben Betriebsversammlungen statt. Ein Betrieb holte den anderen heraus. Die Arbeiter versammelten sich auf einer Wiese, wo sie zu der Sage und den zu ergründenden

Maßnahmen Stellung nahmen. Aus vielen Betrieben wird gemeldet, daß die Polizei, propagierte. Die Provokationen scheiterten aber an der Disziplin der Arbeiter.

Aus den Betrieben heraus wurden Delegationen an den Reichstag entsandt. Die Vertreter der Arbeiterschaft verlangten, im Pre-nium gehört zu werden. Der Abgeordnete Koenen (Kommunist) brachte die Forderungen der Arbeiter vor. Der Antrag wurde mit Nachen empfangen und als der Geschäftsordnung nicht entsprechend, gar nicht zur Abstimmung gebracht. Die sozialdemokratischen Mandatshaber wandten sich damit gegen ihre Wähler.

Berliner Betriebsräteversammlung

Berlin, 10. August.

Der 15er-Ausschuß der Betriebsräte Groß-Berlin ruft am Sonnabend, vormittags 10 Uhr, eine Vollversammlung ein. In dem Aufruf wird eine sofortige Auszahlung von 10 Millionen Steuerzuschulde verlangt.

Streik der Berliner Buchdrucker

Berlin, 10. August.

Die gestrige Abstimmung unter den Berliner Buchdruckern hat eine übergroße Mehrheit für den Streik ergeben. Da Verhandlungen mit den Unternehmern im Laufe des gestrigen Tages nicht zur Annahme der Forderungen der Buchdrucker führten, hat die Streikleitung den Beginn der Arbeitsniederlegung für heute morgen 7 Uhr beschlossen. Nur die Arbeiter- und Gewerkschaftspresse soll weiter erscheinen. Die Haltung der Belegschaft der Reichsdrucker ist, soweit die Banknotenherstellung in Frage kommt, dem „Votalanzettel“ zufolge noch nicht geklärt, und soll erst heute entschieden werden.

Streik der Berliner Hochbahn

Berlin, 10. August.

Die Berliner Hochbahner haben beschlossen, den Streik weiterzuführen, da die drei gemäßigtesten Kollegen noch nicht wieder eingestellt worden sind.

Massendemonstration in Chemnitz

Chemnitz, 10. August.

Die von der KPD, SPD, dem Gewerkschaftsblock und dem AFA-Bund einberufene Massendemonstration zählte eine Beteiligung

von 150 000 Männern und Frauen. Es waren auch Mittelständler, Beamte und Angestellte unter den Demonstranten. Es sprachen vier Redner der KPD. Die Massenversammlung landete ein Telegramm an den Reichstag.

Weiteres Fortdauern der passiven Resistenz im Ruhrgebiet

Selbstkrücken, 10. August.

Die passive Resistenz der Ruhrarbeiter wird fortgesetzt. Die Kruppwerke liegen fast gänzlich still. Die Thyssenwerke sind von der deutschen Polizei besetzt worden.

Die Papierlappen sind ausgezogen

Die Pappen, mit denen die schaffende Bevölkerung bisher um ihren Arbeitsvertrag begaunert wurde, sind wie überall, auch in Breslau knapp geworden. Mit ministerieller Genehmigung gibt die Stadtgemeinde Breslau Notgeldscheine in Stücken zu einer halben Million Mark und einer Million Mark aus. Recht charakteristisch ist, daß der Gutschein über 100 Mark, den die Stadt früher herausgab, auf eine halbe Million erhöht worden ist. Er trägt auf beiden Seiten in roter Farbe den Lieberdruck: „Umgewertet auf eine halbe Million Mark.“ Nur können sich die Arbeiter heute noch weniger für die halbe Million kaufen, als feinerzeit für die 100 Mark Notgeld. Auch Linke-Hofmann gibt 500 000 Mark-Gutscheine, die durch Guthaben bei den Banken gedeckt sind, aus. Selbstverständlich den Arbeitern feinstetwegs damit gedient, denn es ist gleichgültig, ob der Pappen von der Reichsbank oder von Linke-Hofmann hergestellt wird. Er ist gleich wertlos.

Große Erbitterung herrscht unter den Linke-Hofmann-Arbeitern darüber, daß die Vorkasse auf die Lohnzahlungen vollkommen unzulänglich sind. Ledige Arbeiter sollen eine halbe Million. Verheiratete eine Million bekommen. Für diesen Dreck können sich die Arbeiter nicht einmal ein Pfund rangige Margarine kaufen.

Es wird Zeit, daß das Proletariat mit diesem gemeinen Papiergeldbetrug, mag er Reichsbank, städtischen oder Linke-Hofmann-Stempel tragen, endgültig Schluß gemacht wird und sich menschenwürdige Löhne erkämpft.

Sowjettern und Palenkreuz

In dieser Stunde, wo es gilt, Arbeiter und die breiten, ausgehungerten Kleinbürgerlichen zum Abwehrkampf gegen den Hunger zusammenzuschließen, in dieser Stunde, wo sich trotz aller Sabotage der SPD und des AOB unter Führung der KPD dieser Zusammenschluß zum Kampf um die revolutionäre Regierung der Arbeiter in immer schnellerem Tempo vollzieht, versuchen die sozialdemokratischen Führer ein Absenungsmandat zu erhalten. Die sozialdemokratischen Führer haben nicht nur einen Vollzeithilfen Richter, einen Roste, einen Blut-Wels, einen Orkner, sie haben nicht nur die Methoden des blutigen Niederwerfens der Arbeiterschaft und der systematischen Verwundung der Arbeitergehirne - sie verwenden, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu retten, auch die Methode der geheimen Fälschung von Dokumenten.

Holland in Not! Die deutsche Bourgeoisie und ihre Agenten in Gefahr! Die heilige Sozialdemokratie, die deutsche Bourgeoisie vor dem Bankrott! Anstatt Brot zu schaffen, anstatt Lebensmittel für die hungernden Massen zu schaffen, die tolle Spekulation zu vernichten, sollen die Arbeiter mit Stinbomben gefährdet werden.

Die „Volkswacht“ bemüht sich, durch ihr gefälschtes Dokument nachzuweisen, daß die Kommunisten die Offiziere gewinnen wollen. Die „Volkswacht“ hätte sich nicht bemühen brauchen. Sie hätte nicht zu gemeinen Fälschungen Zuflucht nehmen müssen. Wir Kommunisten erklären frank und frei vor der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands: Wenn auch nicht mit so bösen Methoden, wie die „Volkswacht“ in ihrer Fälschung angibt, so werden wir doch alles tun, um jene Offiziere, um jene Kleinbürgerlichen Elemente, welche in Verbindung sich für die Interessen der Bourgeoisie mißbrauchen lassen, von der Seite diesen landesverräterischen Bourgeoisie an die Seite des Proletariats zu bringen und damit für die Rettung Deutschlands zu gewinnen. Wir Kommunisten lagen frank und frei vor der deutschen Arbeiterschaft: Wir Kommunisten werden alles tun, damit es nicht noch einmal so geschieht, wie während der Klostertage und der Tage des Kapp-Putsch, wo Roste mit Hilfe dieser Offiziere das Proletariat niederschlug. Die sozialdemokratischen Führer haben durch ihre Bankrottpolitik breite Kleinbürgerliche Massen in die Arme der Bourgeoisie gegen das Proletariat getrieben. Die sozialdemokratischen Führer haben sich in den fünf Jahren der Revolution, in den Januar Tagen, im Kapp-Putsch, in den März Tagen verbunden mit den reaktionären Offizieren, aber verbunden, um das revolutionäre Proletariat niederzuschlagen. Und es gelang ihnen. Wir Kommunisten lagen ohne Hinterhalt diesen Offizieren: Alle jene erblichen Elemente unter euch, die Deutschland vom französischen Imperialismus befreien wollen, müssen an der Seite der Proletariat kämpfen, sie dürfen sich nicht dazu hergeben, als Schergen der Bourgeoisie und als Schergen der Agenten der Bourgeoisie, als Schergen der Roste, Höring und Severing das Proletariat niederzuschlagen. Wir sagen den Arbeitern in Deutschland: Jeden Offizier, den wir für die Sache des Proletariats gewinnen, die die Sache Deutschlands ist, erspart dem Proletariat Blut in seinen Kämpfen. Die russische Sowjetmacht hat Hunderte ehemalige zaristische Offiziere für die Interessen des russischen Proletariats gewonnen, welche treu und ergeben der Sache des russischen Proletariats, die Rußland fähr, das Rußland gerettet hat, dienen. Wir er-

Wären. Wir werden diese Aufklärungsarbeit im Dienste des Proletariats, diese Arbeit, um dem Proletariat Blutopfer zu ersparen, unermüdet weiter tun. Wir werden alle unsere Anstrengungen vornehmen, um die Auswirkungen der Vorkriegs- und Sozialdemokraten zu verhindern, daß die breiten verzweifeltsten Mittelstandsschichten an der Seite der Bourgeoisie das Proletariat niederzuschlagen.

Aber wir erklären ebenso klar und deutlich: Wir werden jeden Offizier, wir werden jeden rücksichtslos bekämpfen, der gegen das Proletariat kämpft. Die Reichswehr wird geführt von reaktionären Offizieren, die Verwaltung wird geleitet von reaktionären Beamten. Den sozialdemokratischen Führern, die von „Falkenkreis und Sowjetstern“ reden, ihnen schlagen wir vor: Wir Kommunisten sind bereit, mit allen Mitteln für die Entfernung aller Offiziere und Beamten, die nicht auf der Seite des Proletariats stehen, zu kämpfen. Wir schlagen den sozialdemokratischen Führern, die ihre Bankrotspolitik mit diesem idiotischen Abwehrungsmanöver verdecken wollen, vor: Wir sind bereit, heute gemeinsam mit den sozialdemokratischen Führern und dem ADGB den Kampf um die Arbeiterregierung zu beginnen. Wir sind bereit, heute gemeinsam mit ADGB und ADWB den Generalstreik zur Brechung der Herrschaft der Konjunktur, zur Niederwerfung der Junker und Aushungerter der arbeitenden Massen zur Entfernung der Regierung, zur Auflösung der konterrevolutionären Reichswehr zu führen!

Wir Kommunisten haben gezeigt, daß wir kämpfen können. Die Sozialdemokraten haben bisher nur gezeigt, daß sie mit Hilfe der Bourgeoisie Deutschland in den Abgrund regieren und revolutionäre Arbeiter ermorden lassen können.

Der französische Imperialismus wird seinen Agenten in der Redaktion für das gefälschte Dokument dankbar sein, gibt es ihm doch das Erwidern, um gegen die revolutionären Arbeiter im Ruhrgebiet mit den blutigsten Mitteln vorzugehen. Aber die kommunistische Partei wird mit eiserner Konsequenz den Kampf zum Zusammenschluß aller Ausgehungen gegen die Großbourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Agenten und gegen den mit der deutschen Großbourgeoisie verbündeten französischen Imperialismus führen.

Der Inhabende Vermögen

Die Inhaber des Vermögens sind in der Lage, die Verrechnungen zu geben, die er beim Regierungsantritt, beim Beginn der Ruhrbesetzung, bei allen anderen Gelegenheiten gegeben hat. Von der Oberbereitschaft sprach er, von der Opferbereitschaft, die am 11. Januar beschworen wurde und die sich bis heute so wunderbar erweisen hat. Wenn will er damit noch imponieren. Diese „Opferbereitschaft“ hat sich gezeigt im schamlosen Steuerbetrag, den die Kapitalisten betreiben durften, bis die Schulden auf 20 Milliarden Mark gestiegen waren, in den Standards der Steuerbefreiungen, in den Milliarden der Reichsbank, in der Korruption der Ruhrbedien, in den Tragikomanien der Währungsungen, im Dollarauftrieb, im Wucher, im Zinsfuß, in der ganzen gemissenen Ausplünderung des deutschen Volkes durch die Stimmekampagne, die Edelsten und Besten der Nation.

Dem wütenden Widerstand bis zur Befreiung des Rheinlandes sprach er, den die Unternehmer im Ruhrgebiet führen. Von diesem Widerstand, der geführt wird, indem man die Arbeiter zwingt, unter französischen Panzern zu arbeiten, indem man den französischen Militärischen Kolde, Maschinen, Lokomotiven in die Hände spielt, indem man offiziell mit den französischen Besatzungsbehörden Geschäfte macht, indem man französisches Militär gegen deutsche Arbeiter zu Hilfe ruft, indem man sich mit dem französischen Großkapital verbündet, und die Unterwerfung unter das französische Kapital vorbereitet.

Vom Sparen hat er gesprochen, vom Sparen, das uns retten kann, und das vor allen anderen der keine Mann über hat. Also spare, Kleinhändler, den das Curio-Regiment getrieben hat. Spare, Arbeiterfrau! Spare das Geld, wenn du kein Gramm Fett, kein Pfund Kartoffeln bekommst. Daraus nicht, laufe Goldstücke und spare!

Und hungert und kauft! Herr Guro, der die Stutzer, fordert von euch Arbeitern: „Wir müssen als Arbeiter weniger verdienen, mehr sparen und mehr arbeiten.“ Bedenkt, weniger, ihr Proleten. Euer Hunger ist nur Einbildung. Euch soll das Hungern erst noch beigebracht werden. Herr Guro verheißt es!

Ja, er ruft euch zu: Habe ich euch bisher nur mit der Peitsche geschlagen, so sollen es furchtbarere Strafen tun. Die Regierung ist auf dem Boden und wird gegen Menschen, von welcher Seite sie kommen mögen, mit aller Kraft vorgehen.“ Das sagt Guro, der den Korb nicht kennt, aber den Schwanz an so heftig, der sich in Bayern das Kanzlerpatent holte und auf Gaschen die Namen der Reichswehr rief, der behauptet, vom Bürgerkrieg zu reden, und den Bürgerkrieg vorbereitet.

Ein starkes Volk und eine starke Regierung! sagt Herr Guro. Kannst du, das ist die Parole. Und das Volk wird sich seiner Kraft bewusst und es wird sich eine starke Regierung schaffen, eine Regierung, die abwärts mit allen Verbrechern und Volkverrätern, eine Regierung, die die Peitsche wegnimmt und wirtschaftlichen Gehalt mit Guro!

Was tut die Große Koalition in Preußen?

Im Reich ruft man nach der großen Koalition, angeblich, um anders, als unter Guro es geschehen ist, den passiven Widerstand gegen Frankreich zu führen und zu finanzieren. Die unwahre das ist, zeigt die Politik der großen Koalition in Preußen, des Kabinetts Braun-Severing. Die Sozialdemokraten Braun, Severing, Eberling sind in Preußen genau so untätig, wie unter Guro in den Reichskabinetts gegen Severing und Eberling.

Das preussische Kabinett hatte für Dienstag, den 7. August, den ständigen Ausschuss des preussischen Landtages zusammenberufen, um ihm dringliche Maßnahmen zur Hebung der Staatsfinanzen zur Beschlußfassung vorzulegen. Die erste Angelegenheit betraf die Erhöhung der Grundsteuer um das achtfache. Der Regierungsvorschlag ist inwieweit um das achtfache zu erhöhen. Die andere fordert einen Kredit von 25 Millionen Papiermark. Statt der Forderung der Erhöhung aller Steuern, einer Zwangsanleihe oder der Erhöhung der Grundsteuer genügt sich das Kabinett mit der durch die neue Markterwertung bereits überholten Grundsteuer-Erhöhung und mit einer neuen Kreditforderung, die so gering ist, daß der Ausschuss sie von 25 auf 50 Millionen Mark erhöhte. Dabei mußten die Vertreter des Mittelstandes selbst zugeben, daß die größten Schwierigkeiten bestehen, diese Kredite flüssig zu machen. Die Reichsbank konnte nicht einmal die bisher bewilligten Kredite in bar auszahlen, und die Banken weigern sich, die Erhöhungen der preussischen Staatsanleihe anzunehmen. Die Banken legen ihr Geld lieber in Dollars an.

Unser Vertreter, Genosse Meyer, kritisierte sehr scharf die Passivität der Regierung und verlangte die Einberufung des Landtages, damit Landtag und Staatsministerium ausdrückende Maßnahmen ergreifen. Die Bewilligung der geforderten Kredite lehnte unsere Fraktion ab, weil das auf eine Billigung der passiven Haltung der preussischen Großen Koalition hinausläuft. Die Sozialdemokraten stimmten natürlich der Kreditvorlage zu.

Deutscher Gedank- und Zinnenberg-Zug 1923

Für das Alldeutsche ist der 2. September immer eine willkommene Gelegenheit, die Bollstimmte in keinem Interesse aufzuspeichern. Durch den französischen Chauvinismus und die Reparationspolitik ist die Möglichkeit für nationalistische Verheerung und Bauernfängerie noch gefördert worden. Die Vaterländischen Verbände Bayerns bemühen dies, um den diesjährigen Gedank- und Zinnenberg-Zug zu einem großen deutschen Nationaltag zu machen. Sie bemühen alle ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel, um den „deutschen Selbstentwurf“ ihren politischen Feinden nutzbar zu machen. Berühmte Heerführer leitende Staatsmänner und hervorragende Politiker sollen als Hauptredner verwendet werden. Fahren und Standarten aus den glorreichen Zeiten werden von der Direktion des bayrischen Armeemuseums zur Verfügung gestellt. Bis jetzt liegen 50 000 Anmeldungen aus dem Reich vor.

Ungeachtet der bayrischen Vaterländischen „Nation“ eintreten. Dieselben Leute, die dauernd gegen die Reichspolitik wettern und zu einer Entlohnung Bayerns sofort bereit sind, wenn für sie ein Bruchteil herauskommt! Bedauerlich ist, daß unter den Nachläufern dieser Parteien sich immer noch viele Arbeiter befinden. Es ist Aufgabe der aufgestellten Arbeiterkassen, diese Nachläufer für ihre Ideale zu gewinnen. Ohne die Arme der Arbeiter und Angehörigen sind die berühmten Heerführer die leitenden Staatsmänner und hervorragenden Politiker machtlos. Die Arbeiterkassen sind am 2. September überall zur Stelle sein und durch ihren Aufmarsch den Festtag zu einem Antifaschistentag machen.

Mar Hölz schwer trant

Folge der furchtbaren Qualen der Einzelhaft im Breslauer Zentralfängnis ist der Genosse Hölz auf das Schwerste in seiner Gesundheit geschädigt worden, so daß er dringend die gefamte revolutionäre Proletariat seine Freilassung. Die Arbeiterkassen protestieren dagegen, daß einer ihrer tapfersten Kämpfer in den Gefängnissen der „demokratischen“ Republik zugrunde geht, während konterrevolutionäre Bedrücker von der „Justiz“ dieser Republik niemals auch nur festgehalten werden. Die Regierung sorgt nicht einmal für eine geeignete Ernährung der Besessenen. Sondern lassen sie in den Gefängnissen über Hungerqualen. Die Arbeiterkassen verlangen die endliche Freilassung des Genossen Mar Hölz und aller proletarischen Gefangenen, die für die Befreiung des Proletariats gekämpft haben.

Dreifache Postgebühren ab 1. Sept.

Das Reichspostministerium hat den Verlehrsbeitrag für die zweite Hälfte August zur Beratung über die Einführung dreifachhöher Postgebühren einberufen. Im Herbst bereits am 1. September die durch die Selbstentwertung entstandenen Mehraufgaben decken zu können, sollen von diesem Tage ab die Postgebühren um 200 Prozent erhöht werden, so daß ein Fernbrief 300 Mark und eine Postkarte 1200 Mark Porto kosten würde.

Die Reichspostverwaltung Paris, 8. 8. Der Kriegsinhaber hielt heute auf einem Bankett des Gemeinderates in St. Paul eine Rede, in welcher er ankündigte, daß die Wiederherstellung des Parlamentes eines Schicksals über den Verlauf der Sozialpolitik entscheiden werde.

Wenn das Parlament ihn annehme, werde man im Rahmen des Bauprogrammes, für das 20 Jahre vorgelesen seien, die für die französische Flotte erforderliche Flotte schaffen können.

Wer hat Hunger?

Deutschlands Großstädte bieten entsetzliche Hungerbilder. Tausende von Kindern, Frauen und Männern hungern. (Köln) Die Bestimmungen der kommunistischen Große über das Hungergeld sind keine Sprache mehr — sie waren es nie — aber der Hunger zeigte sich öffentlich noch nicht so stark. Jetzt hat der Hunger so breite Massen ergriffen, daß selbst die Regierung von einem Hungerverstand spricht.

Erst nach gibt es noch Menschen, denen die Auswahl der Speisen überläßt. Ein Beispiel dafür geben die Zustände auf dem Dampfer der Hugo Stinnes-Linie „General San Martin“. Dieser Dampfer lag vom 17. bis 21. Juli im Hafen von Kiel. Die Arbeiter haben erwidert, daß die Passagiere, Schüler, Frauen, Arbeiter, Fabrikanten und Direktoren der Stinnes-Liniengesellschaft teils mit Brot und Reis, teils mit sogenannten „Damen“ (Kaffeebohnen) bewirtet, wie diese Herrschaften „hungernden“.

- 1. Frühstück:
 - Kaffee — Tee — Kakao
 - Marmelade — Jogh
- Frühstück:
 - Salzkartoffeln — Beuterkartoffeln
 - Gebratener Speck oder Schinken
 - Gebackene Pellkartoffeln — Quark
 - Gebackene Eier — Beifloren Eier auf Toast
 - Omelette mit Kräutern, Käse, Spargel
 - Schinken, Tomaten oder Pilzen
 - Omelette aus Konserven — Pfannkuchen naturell
- Rollmops — Dismarckeringe — Salzgurken
- Roher und gekochter Schinken
- Zerkleinertes — Mettwurst
- Holländer Käse — Schweizer Käse

- Hauptmahlzeit:
 - Ochsenfleischsuppe
 - Zunderfleisch auf Regententart
 - Gebratenes Kalbsfrilandeau, Herzogin-art
 - Frischer Stangenpargel, Manufaktur-tunke
 - Glacierter Gänsebraten
 - Kompott — Salat
 - Reiscreme nach Soubise
 - Apfel — Zerkleinertes
 - Käse — Mokka

Diese Speisekarte beweist, daß die herrschende Klasse ihre Bedürfnisse auch dann nicht einschränkt, wenn ihre „Vollgenossen“ not leiden. Wer Hunger hat, der kämpfe für die Beschaffung und gerechte Verteilung der Lebensmittel. Das Instrument dazu ist der proletarische Kontrollausschuß.

Mit 100 Millionen „Ruhrhilfe“ durchgebrannt

Sie Vorsätze, wo mit den gesammelten Geldern des „Ruhrproffers“ privaten Zwecken gedient wird, wehren sich. Ein neues Beispiel bietet Düsseldorf. Dort wurden auf Kosten der „Ruhrhilfe“ und des „Städtischen Wohlfahrtsamtes“ auf dem Gelände des Freilichttheaters Kostlandsarbeiten ausgeführt.

Die dort beschäftigten Arbeiter beschwerten sich mehrmals über die mangelhafte Lohnauszahlung. Auf einem kleinen Felsen Papier war der Name und die Lohnsumme vermerkt, so daß keine richtige Kontrolle möglich war. Mehrere der Kostlandsarbeiter, von Beruf Arbeiter, drängten auf Kontrolle. Der Leiter der Freilichtbühne wies sie mit den Worten ab, „Juristinnen lasse ich hier nicht zu, hier wird nur gearbeitet.“ Damit bediente er den Geschäftsführer, einen gewissen Herrn Kling Sas. Abstrichen der Arbeiter wurde aber bald gerechtfertigt.

In einem Samstags holte Kling zwar hundert Millionen zu Lohnzahlungen für die Kostlandsarbeiter vom Arbeitsamt ab, vergaß aber, mit dem Geld auf den Arbeitsplatz zu gehen, um dort die Arbeiter zu entlohnen. Was außer diesen 100 Millionen noch unterzubringen wurde, konnte bis jetzt nicht festgestellt werden. Die Düsseldorf Bevölkerung fragt mit Recht: Wie ist so etwas möglich? Ist die Verantwortungslosigkeit der Behörden schon so groß, daß es ihnen gleichgültig ist, wo die vom Volk erarbeiteten Millionen hingelangen. Dieser Vorfall beweist auch, wie die Richtigkeit unserer Warnung: „Hände und Geld weg von der Sammlung „Ruhrproffers“! Unterstützt die „Rote Hilfe“!

Zur Verfassungsfier. Amlich wird durch BZB bekanntgegeben, daß die Eisenbahn den Verkehrsverkehr einschränke und es wird hinzugefügt, daß die Zeit nicht dazu angetan sei, Feste zu feiern. Sollte da nicht ein bester Feiertag angesetzt werden, um die anwesenden Verfassungsfier am 11. August abzuhalten?

Weitere Streiks

Streiks im Magdeburger Industriebezirk
Magdeburg, 10. August.
Im ganzen Bezirk begannen die Kämpfe. Die Städtischen Betriebe ruhen seitdem. In Magdeburg haben die Arbeiter der Firma R. Wolf die Arbeit eingestellt und fordern zehn Millionen Nachzahlung für Juni und Juli sowie Friedensschlichtung ab 1. August. In der Werkzeugmaschinenfabrik Magdeburg ruht die Arbeit. Bei Schiffer und Dudenberg ist die Messtechnik der Gleise in den Streik getreten. Bei der Firma Volte ruht der Betrieb. Die Metallarbeiter haben heute in den Streik getreten. Die Arbeiter in den Gruben, Brauerei, Kaserne und Jacob geschlossen in den Streik. Die Gruben Sophie (Polintleben) und Jennette (Lüneburg) sind ebenfalls nach eingeleiteten Meldungen heute in den Streik getreten. Die Fabrik 1 und 2 der Westfälischen Metallwerke haben bereits wegen Strommangels den Betrieb einstellen müssen. Überall geht der Kampf um die gleichen Forderungen.

Streik der Landarbeiter im Gau Magdeburg

Die Landarbeiter, die am vergangenen Sonntag in Magdeburg tagte, hatte beschlossen, fort in den Kreisen zur Lage Stellung zu nehmen. Auf Grund des Beschlusses vom Sonntag fand sodann am gestrigen Mittwoch, nachmals eine Konferenz für den Gau Magdeburg statt. Die Delegierten führten die folgende Lage der Landarbeiterkassen und forderten, daß mit den elenden Hungerlöhnen, des Landproletariats endgültig Schluss gemacht würde. Die Konferenz beschloß, sofort überall den Streik zu proklamieren.
Die Landarbeiter fordern die Industriearbeiter auf, mit ihnen gemeinsam den Kampf um Friedensschlichtung zu führen. Überall müssen die gleichen Forderungen gestellt werden. Die Landarbeiter verlangen einen Wochenlohn in der Höhe von einem Zentner Getreide. Der Streik erstreckt sich bisher auf schätzg (60) Ortschaften.

Kerzestreit in Baden?

Nach einer Meldung der „Wöchentlichen Zeitung“ droht die badische Kerzestadt mit dem Generalstreik, wenn ihren Forderungen nicht stattgegeben werden sollte. Der Streik soll sich nicht nur auf Kerzenmacher, sondern auf die gesamte Bevölkerung erstrecken. Die Kerzestadt hat an den Reichstag ein dahingehendes Telegramm gerichtet.

Die neuen Hungerlöhne im Bergbau

Die Vertreter der Arbeitergemeinschaft für den Stein- und Braunkohlenbergbau in den Rheinlanden, Westfalen, Köln, Aachen, Euren, Oberschlesien, Niederschlesien, Sachsen, Bayern, Niedersachsen, Ostpreußen und Mitteldeutschland haben in der Verhandlung am 9. August im Hain auf die durch die Devaluentwertung geschaffene außerordentliche Lage eine Lohnregelung getroffen, wonach die Löhne der Bergarbeiter vom 6. August um etwa 245 Prozent erhöht werden. In den meisten aufschlag ist eine Abgeltung für die am 1. dem Vordienstage und den 1. und 2. August zu erwartende Löhnerhöhung in einer geschätzten Höhe von 140 Prozent enthalten. Die Verhandlungen liefen auf der am 8. August getroffenen Vereinbarung über die Schaffung wertbeständiger Löhne im Kohlenbergbau. Die Durchschnittslöhne einschließlich des Hausstands- und Kindergeldes sind danach im Ruhrbezirk auf 2 010 000 Mark je Schicht (also noch längst keine zwei Pfund Margarine), im mitteldeutschen Braunkohlenbetriebe (Kernreviere) auf 1 456 800 je Schicht erhöht worden. Ferner ist den Bergarbeitern der aufgeführten Bezirke als Ausgleich für die bei der letzten Lohnregelung noch nicht völlig abgegoltene Löhnerhöhung für je in der Zeit vom 2. bis einschließlich 5. August verfahrenen Schicht eine Zahlung gewährt worden, die für den Ruhrbezirk sich auf 550 000 Mark, für die Kernreviere des Mitteldeutschen Braunkohlenbezirks auf 383 000 M. beläuft.

Bahnfinnige Kohlenpreiserhöhung

Die Organisation der Kohlenwirtschaft beschloß unter dem Einfluß der Lohn- und Materialpreiserhöhungen eine Kohlenpreiserhöhung um etwa 352 Prozent. (Die Bergarbeiterlöhne sollen nur um 245 Prozent erhöht werden.) Der Bruttapreis für Rhein-Westfälische Fettförderkohle wird sich hiernach von bisher 5 000 158 M. pro Tonne auf 23 000 267 M. erhöhen und dementsprechend steigern sich die Preise für andere Reviere. Die neuen Preise gelten ab 9. August bis Ende nächster Woche.

Münzen von einer Million

Sämtliche Fraktionen, außer den Kommunisten, haben im Reichstage den Antrag gestellt, fünfzig Millionen im Einzelnenwert von 1 Million Mark ausprägen zu lassen. Begründet wird der Antrag mit der Devalwertung, die dahin geführt habe, daß bereits die letzten großen Aluminiummünzen von 200 und 500 Mark als Zahlungsmittel nicht mehr in Frage kommen.

Ein Zentner Kohle 1 116 300 Mark
Der Breslauer Magistrat macht bekannt, daß der Preis für den Zentner Kohle ab 2. August 1 116 300 Mark beträgt.

Verfassungstag!

Weimarer Verfassung, Sowjetverfassung, nationalsozialistische Verfassung

Am 11. August feiern die Republikaner in Deutschland den Tag der Weimarer Verfassung. Diese Verfassung, geboren im Eil zu Weimar, als da wo man sicher war vor den Angriffen der Spartakisten und vor Störungen durch jenen ibrüchten Vöbel, der nicht begreifen wollte, was ihm beschert werden sollte, ist noch keine fünf Jahre alt. Und doch wird ihr Geburtsstag gefeiert, als ob ein Ereignis von gewaltigster Bedeutung geschehen sei. Vom ersten Tage ihrer Existenz an wurde in Deutschland, der freien Republik, regiert mit Belagerungszustand, mit Ausnahmegeetzen, mit Durchbrechung jedes einzelnen Paragraphen dieser Verfassung. Und heute, wo sie mit solchem Pomp gefeiert werden soll, heute, wo Deutschland zerfällt, wo die deutsche Bevölkerung verhungert, wo die deutsche Republik auch dem Anschein nach kaum mehr ein selbständiger Staat genannt werden kann, wo die deutsche Demokratie in den bewährten und berufenen Händen der bayerischen Regierer, der Schwerindustriellen Minister Becker und Guno, des streng republikanischen Generals Seecht, des so überaus demokratischen Reichsjustizministers Heinge liegt.

heute wird das Volk, dem man Brot nicht bieten kann, mit Schaustellungen relagiert.

Der Widerspruch zwischen der harten Wirklichkeit und der Feier, die insbesondere in Berlin mit Fackelzug, mit Demonstrationen innerhalb der für Arbeiter gesperrten Bannmeile, mit Ansahrt des Reichspräsidenten, mit Brillanfeuerwerk und mit allem übrigen Kitzeln der Presse, der angestellten und der freiwilligen Propagandisten der bankrotten Republik in Szene gesetzt wird, ist so schreiend, daß man sich begnügen könnte mit der Aufzählung dessen, was ist und dessen, was vorgegaukelt wird, wenn nicht ein tieferer politischer Sinn dem ganzen Brimborium innewohnen würde. Die Republik und die Demokratie trachen aus den Fugen.

Dampf großlos steigt eine neue, revolutionäre Welle an.

Die Massen schreien nach Brot. Die Massen lachen über die Republik, über ihre Regierung und über deren Beschreibungen. Die Massen beginnen sich zu sammeln zum Sturme gegen die Regierung und gegen ihre Organe, die sich kommunistisch heißen und die faschistisch sind. Die faschistischen Organe und Organisationen wiederum rüsten zum Sturm auf die hungernden Massen und nennen diesen Kampf: „Kampf gegen die Republik.“ Und diese Republik feiert den Tag ihrer Verfassung, ihre Regierung rüstet Feste, die die Massen ablenken sollen und glaubt, wenn sie Glanz vortäuscht, so werde sich irgendwer blenden lassen.

Aber selbst der Glanz stammt aus der Kumpfkammer des Kaisers Wilhelm.

All die Schaustücke, die gefeiert werden sollen, gleichgültig ob von Vater Ebert in Berlin, von einem braven Vertreter des Musterlandes oder von Heinrich Mann in München, all das ist hundertmal zu Wilhelms Zeiten auf dieselbe Art gefagt und getan worden. Seit fast fünf Jahren ist Wilhelm zum Teufel gejagt. Die Republik, die noch keine fünf Jahre alt ist, liegt im Sterben. Und an ihrem Grabe tanzen gepuzte, vor Angst bebende „Republikaner“ während Massen von Zuschauern mit knurrendem Magen sich das Schauspiel betrachten werden und mit fieberndem Hirn sich die verdammte Frage stellen werden: Reden, Paraden und Feuerwerk mögen gut sein für Leute, die Anlaß zur Freude haben. Die Republik fehlt in Deutschland mehr denn je. Die Republik existiert nicht und kann nicht existieren. Denn die Republik ist entweder die Republik der Ausbeuter, die so regieren wie in Deutschland, mit Handgranaten und Maschinengewehr, mit Zuchthaus und Hungerpeinliche, mit Reaktionsregierung und Verfassungsfeier, oder aber sie ist

die Republik, in der die breiten werktätigen Massen selbst regieren, in der zwar nicht das Paradies herrscht, wohl aber

die proletarische Ordnung,

die es den Schiebern und Ausbeutern nicht gestattet, das Spielchen Republik und Verfassung zu spielen, um der proletarischen Klasse das Fell über die Ohren zu ziehen. Am Jahrestag der Weimarer Verfassung befindet sich auch darauf, daß ihr im Jahre 1919 proletarische Verfassung der proletarischen Diktatur hätte errichten können, wenn ihr nur gewollt hätte! Ihr bekommt statt dessen Weimar, 1923 bekommt ihr nicht Brot, sondern einen Fackel-

zug. Sorgt dafür, daß im nächsten Jahre ihr feiern könnt!

Die Weimarer Verfassung ist eine sogenannte demokratische Verfassung. Das besagt, daß nach dem Buchstaben jeder deutsche Staatsbürger die gleichen Rechte hat wie jeder andere. Die Sowjetverfassung Rußlands stellt demgegenüber den genau entgegengesetzten Grundsatz auf: volle Staatsbürgerrechte besitzt nur derjenige, welcher keine fremde Arbeitskraft ausbeutet. Die nationalsozialistische Bewegung stellt, ungleich den beiden genannten, einen völlig anderen und, um es von vornherein zu sagen, rein demagogischen Grundsatz auf: Volksgenossen, das heißt Staatsbürger soll nur derjenige sein dürfen, der deutscher Abstammung ist.

Der Grundsatz der formalen Demokratie ist ein der raffiniertesten Mittel der Bourgeoisie, das Proletariat zu fesseln und zu beherrschen. Alle Staatsbürger sind gleich vor dem Gesetz. Aber die Gesetze werden gemacht von Ausschüssen der Bourgeoisie — sie sind bürgerliche Gesetze. Sie werden ausgelegt von Vertrauensleuten der Bourgeoisie — die Art, wie man „gleich“ ist vor dem Gesetz, bestimmt der bürgerliche Richter, der in Deutschland zumeist auch noch ein eingeschwoener Reaktionär und Gegenrevolutionär zu sein pflegt. Jeder Staatsbürger besitzt nach der Verfassung von Weimar gleiche Rechte und gleiche Pflichten. Aber dem Lohnempfänger werden beispielsweise die Steuern automatisch vom Lohn abgezogen, während der Unternehmer sich selbst frei einschätzt und jegliche Art von Steuerhziehung vollführen kann. Vor Gericht, wo keine Klassengenossen als Richter fungieren, kann derjenige, der das Geld dazu hat, soviel geübte Rechtsanwälte wie er will für sich reden lassen. Der Proletarier kann nicht einmal von dem Recht der Berufung Gebrauch machen, da er nach den neuerlichen Bestimmungen die Kosten im voraus bezahlen muß. Das Recht der Pressefreiheit besitzt der Proletarier auf dem Papier, aber das Papier um dieses Recht in Erscheinung treten zu lassen, daß besitzt er nicht. Stimmes dagegen lauft alle Zeitungen auf und fördert die öffentliche Meinung nach seinen Wünschen. Der Proletarier hat das Recht, zu streiken, aber wenn er streikt, werden dem Unternehmer Polizisten und Technische Nothilfe-Menschen geschoben, um den Proletarier zu zwingen, sein sogenanntes Recht schleunigst wieder aufzugeben. Ueberdies wird ihm klipp und klar bewiesen, daß er zwar nach der Verfassung das Recht zu streiken besitzt, daß aber unter den gegebenen Umständen er nicht streiken darf oder daß er, wenn er zum Beispiel Beamter ist, zwar das Recht besitzt, aber es nicht ausüben darf, weil das der Verfassung widerspricht. Und so könnte man Punkt für Punkt fortfahren. Alle Rechte und Freiheiten der demokratischen Verfassung sind nur zu dem Zweck da, die breiten Massen einzulullen und zu verdummen und desto brutaler die Diktatur der Großbourgeoisie auszuüben, das bestehende kapitalistische System zu erhalten und jegliche Auflehnung dagegen niederzuschlagen.

Die Sowjetverfassung räumt mit der Heuchelei der formalen Demokratie gründlich auf. Wer fremde Arbeitskraft ausbeutet, soll keine Rechte besitzen. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Diese Grundsätze sind Grundsätze der Diktatur. Der Diktatur der proletarischen Klasse über die zahlenmäßig schwache bürgerliche Klasse, der alle Rechte genommen werden. Dafür erhalten die Angehörigen der proletarischen Klasse tatsächlich alle Rechte und damit eine wirkliche, nicht formale Demokratie. In der formalen Demokratie besteht der Staatsapparat aus bürokratischen Organen, dem Heer, der Justiz. In diesem Apparat ist, völlig bedeutungslos und lediglich als Feigenblatt, der machtlose und willenlose Reichstag angehängt. Die Mitwirkung der breiten Massen am Aufbau und an der Verwaltung des Staates besteht darin, daß sie alle vier Jahre einmal wählen dürfen. Und nicht einmal das ist sicher. Ganz anders bei der Sowjetverfassung, wo die Organe der Gesetzgebung und der Verwaltung unmittelbare Klassen- und Massenorgane des Proletariats sind, hervorgegangen unmittelbar aus den Betrieben und unmittelbar aus dem Dorf, in ständigem Zusammenhang mit den Produktionsstätten, jederzeit abberufbar und austauschbar, immer breitere Massen in die Verwaltungsarbeit hineinziehend.

Das nationalsozialistische Ideal dagegen ist lediglich Demagogie. Abgesehen davon, daß

kein Mensch, selbst mit den feinsten chemischen Untersuchungsmethoden feststellen könnte, wer in Deutschland „deutschen Stammes“ ist, ist diese Forderung auch nie ernst gemeint. Aber selbst wenn sie ernst gemeint wäre — durchgeführt würde sie an den bestehenden Zuständen gar nichts ändern. Oder vielmehr: die formale Demokratie, die in Wirklichkeit eine Diktatur der Schwerindustrie ist (Stimmes raubt Deutschland aus), würde erlegt werden durch eine formale Diktatur eines Diktators, die aber ebenfalls nur trügerisch wäre und nur das Feigenblatt wäre für die Diktatur der Schwerindustrie (Stimmes raubt Deutschland aus).

Wie hält sich nun eine Demokratie wie die deutsche aufrecht wenn die sozialen Widersprüche so groß werden, daß sie zum Machtkampf der beiden Klassen und ihrer Mitläufer, das heißt zum offenen Bürgerkrieg treiben? Nun, die „Demokratie“ greift zu den Mitteln des weißen Terrors, des Massenterrors, der Aufhebung aller verfassungsmäßig garantierten Rechte, zur brutalen Knebelung der revolutionären Klasse. Kurz die formale Demokratie proklamiert den Grundsatz: Rechte besitzt in dieser Ausnahmezeit nur der Ausbeuter und derjenige, der zum Ausbeuter steht, nicht aber derjenige, der sich nicht länger ausbeuten läßt.

Die Geschlossenheit der KPD.

Die Tagung des Zentralkomitees

H. B. Auf der diesmaligen Zentral-Ausschuß-Sitzung zeigte sich das Wachstum und die zunehmende Konsolidierung der KPD in allen Diskussionen und Beschlüssen.

Getragen von dieser Kraft, wurde die Tagesordnung nach kurzer inhaltreicher Diskussion in klaren Beschlüssen niedergelegt. Die Opposition, die sich auf diesem Zentral-Ausschuß zeigte, war nur noch ein Nachhallen persönlicher Verstimmungen. Ernste Gegenstände traten nicht mehr zutage. Die Partei ist einheitlich und geschlossen. Das formulierte vielleicht am besten die Wortführerin der Opposition, die Genossin Ruth Fischer: Wenn sie diese Tatsachen, wenn auch von der Oppositionsseite aus betrachtet, wie folgt formulierte: „Die Partei hat angeichts der aufsteigenden Welle der Aktivität der Massen sich seit dem Parteitag in Leipzig in der Richtung der Wünsche der Opposition entwickelt. Die Gefahr des Opportunismus und Verblendens ist zwar noch nicht vorbei, aber auf ein geringes beschränkt.“ Gerade wir von der Parteimehrheit haben keine Veranlassung, einen Streit darüber zu entfachen: „Wer Recht behalten hat.“ Für uns ist entscheidend, daß die gefährlichen Spaltungen beseitigt sind. Daß neun der Opposition angehörende Genossen sich der Stimme bei der Abstimmung der Resolution zur politischen Lage enthielten, ohne eigene Abänderungsvorschläge zu machen, ist nach den Erklärungen der oppositionellen Genossen selbst nur als Protest gegen die maßlose Behandlung der Opposition durch den Genossen Brandler aufzufassen. Damit hat die Opposition den faschischen Charakter verlassen und ist für die Partei auf den ungefährlichen Boden übriggebliebener persönlicher Verstimmungen gelangt.

Alle anderen Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Aus dieser Tatsache kommt die Geschlossenheit der Partei zum Ausdruck.

Diese Geschlossenheit tut angesichts der gefährlichen Lage bitter Not. Der Zentral-Ausschuß nahm den Bericht von der erweiterten Exekutivesitzung zustimmend entgegen. Der Brief der Exekutive an den Zentralkomitee fand einmütige Zustimmung. Die Opposition erklärte ausdrücklich, daß sie auf dem Boden des Briefes steht. Damit sind auch die Differenzen in der faschischen Frage erledigt. Die Opposition war gegen die Unterstützung einer linksradikalen sozialdemokratischen Regierung in Sachsen durch unsere Partei. Nachdem diese einmal durch den Entschluß der Exekutive entschieden war, trat die Befürchtung zutage, daß unsere Genossen in Sachsen es nicht verstehen würden, sich rechtzeitig von einer unzulänglichen Zeigner-Regierung loszulösen. Der Partei in Sachsen gelang es auch schlecht, in den ersten Wochen beim ersten Berufen der Zeigner-Regierung in der Frage der Rückführung des Leipziger Polizeipräsidenten Fleißner, der auf Arbeiter schießen ließ, scharf und sachkundig von der Arbeiter-Regierung abzurücken. Auch die Blamage der Flucht Schröders, die auf die Feigheit der Zeigner-Regierung zurückzuführen ist, wurde von unseren faschischen Genossen bis heute nicht genügend ausgegüht. Die Tatsache, daß die Zeigner-Regie-

Die Sowjetverfassung proklamiert diesen Grundsatz, nur umgekehrt von vornherein. Aber die Sowjetverfassung ist abgefaßt im Interesse der überwältigenden Mehrheit und vergewaltigt nur eine Clique von Ausbeutern, die sonst, wenn man sie nicht vergewaltigt, die Mehrheit vergewaltigen. Die nationalsozialistischen Bestrebungen gehen vollkommen konform mit den Bestrebungen der Schwerindustrie, wie überhaupt die ganze nationalsozialistische Bewegung, trotz ihres Scheinsozialen Gewandes, objektiv die Ziele der gefährlichsten und kleinste Ausbeuterklasse fördert.

Der Verfassungstag der in Deutschland gefeiert wird, gibt uns den besten Anlaß, die Frage nach Demokratie und Diktatur klar und unabweislich zu stellen. Jeder Arbeiter steht heute, daß er wenn er auch nur sich die in der formalen Demokratie garantierten Rechte erkämpfen will, dann seiner Klasse, der Arbeiterklasse die Möglichkeit diktatorischer Zugriffe verschaffen muß. Die Demokratie, was bisher die Treppe zum Aufstieg der brutalsten Klassen-diktatur der Bourgeoisie. Die wahre Demokratie kann erst dann eintreten, wenn die eifersüchtige Klassen-diktatur des Proletariats die Voraussetzungen dazu geschaffen hat.

Die um auskömmliche Löhne streifen, Schutzpolizei aufstellt, weil die Arbeiter die Unternehmer zwingen, einigermaßen ausreichende Löhne zu zahlen, hat es der Partei jedoch leicht gemacht, den Trennungsschritt gegenüber der Zeigner-Regierung zu ziehen. Die nicht ganz unbegründeten Bedenken der Opposition sind durch den Verlauf der tatsächlichen Entwicklung gegenstandslos geworden. Auf dem Zentral-ausschuß trat aber klar zutage, daß auch bei unseren faschischen Genossen keinen Augenblick opportunistische Schwankungen für die schwächliche Haltung ausschlaggebend waren, sondern lediglich eine gewisse Schwerfälligkeit der Umstellung der Partei. Der Zentralkomitee hat auch zur Sachsenpolitik klar Stellung genommen. Differenzen in dieser Frage bestehen nicht mehr.

Zum Berufen der kommunistischen Partei Bulgariens hat der Zentralkomitee klar seinen Standpunkt zum Ausdruck gebracht. Er verurteilt die Haltung unserer bulgarischen Genossen und fordert von diesen rasche und gründliche Umkehr zur kommunistischen Politik.

Die Resolution über den deutschen Faschismus versucht eine Umschreibung des Wesens des Faschismus und formuliert die Aufgaben der KPD zu dessen Bekämpfung. Diese Aufgaben sind zweierlei. Wegen die Bedrohung durch die vom Industrie-, Finanz- und Agrarkapital finanziert, bewaffnet und geführten Faschistenbanden fordert die Resolution Organisierung der Abwehr, vor allem die verstärkte Bildung der Abwehrformationen in den Betrieben. Neben der Abwehr des Faschismus mit seinen eigenen Mitteln macht die Resolution aber auf die Notwendigkeit aufmerksam, den ideologischen Kampf um das Kleinbürgertum und die Kleinbauern zu führen.

In der Resolution zur politischen Lage wird ganz offen die Strategie des revolutionären Abwehrkampfes formuliert. Gegenüber dem altherbrennen Geschrei der bankrotten Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie, die ihr Nichtstun verschleiern mit der Redensart, daß man die Pläne des Abwehrkampfes dem Gegner nicht verraten dürfe, entwickelt die KPD offen ihr Kampfprogramm. Der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie ist kein Kampf, der in Geheimnisfondeln vorbereitet und durchgeführt werden kann. Nur die Mobilisierung der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung, die nicht in geheimen Konventikeln und durch geheime Pläne möglich ist, kann der Arbeiterklasse den Sieg bringen. Die politische Resolution geht von der unbestrittenen Tatsache aus, daß durch den zweimaligen Bankrott der deutschen Bourgeoisiepolitik die Klassengegensätze sich verschärfen haben, daß sie mit den Mitteln des Bürgerkrieges ausgekämpft werden.

Die Resolution zieht daraus die Schlussfolgerung, daß die Arbeiterklasse sich angesichts der Rüstungen der Bourgeoisie ihrerseits ebenfalls rüsten muß, um nicht niedergeschlagen zu werden. Nur ein Mittel zur Verhinderung des Bürgerkrieges bleibt. Das Kampfprogramm

... und der Gewerkschaften zum Sturz der Cuno-Regierung und Erlösung der Arbeiter- und Bauernregierung. Da die Gewerkschaftsbürokratie und die RPD-Führer dies sabotieren, müssen die werktätigen Massen ohne und gegen die arbeitverderblichen Führer, geführt von der RPD, kämpfen. Der Versuch des Industrie-, Finanz- und Agrarkapitals, die durch die bankrotten Kleinbürgerpolitik rebellisch gewordenen Kleinbürger zur Niederwerfung des Proletariats auszunutzen, stellt die RPD vor die Aufgabe, die Spaltung der Arbeiterklasse durch die RPD-Führerpolitik so rasch wie möglich zu überwinden und die Herstellung der proletarischen Einheitsfront, um diesen bewaffneten Händen die kraftvolle Abwehr des geschlossenen Proletariats entgegenzustellen.

Andererseits stellt aber gerade die Tatsache, daß es der Großbourgeoisie gelungen ist, das Kleinbürgertum für seine Zwecke einzufangen, die RPD vor die Aufgabe, die 9-11 Millionen umfassen deutschen Mittelschichten der Führung durch die Großbourgeoisie zu entziehen. Die Gewinnung der Kleinbürgerschichten zur aktiven Mitwirkung oder mindestens wohlwollenden Neutralität für den proletarischen Klassenkampf ist kein taktisches Manöver, sondern eine absolute strategische Notwendigkeit. Es ist kein Bündnis mit dem Faschismus, sondern ein Bündnis gegen den Faschismus. Das Kleinbürgertum, das ökonomisch zwischen den beiden Klassen lebt, und keine alten Klassenideale mehr

verwirklicht kann, weil die Zeiten des „goldenen Mittelstandes“ für immer vorbei sind, kann nur entweder im Gefolge der Bourgeoisie oder im Gefolge des Proletariats kämpfen. Kampf es im Lager der Bourgeoisie, so beschleunigt es nicht nur seinen Untergang als überalterte Klasse, als Überbleibsel der feudalen Kulturperiode in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, es beschleunigt auch die Verwirklichung der physischen Existenz der Kleinbürger. Im Lager des revolutionären Proletariats kämpft es zwar mit für die Aufhebung des Kleinbürgertums als überaltertes Überbleibsel vergangener Zeiten, rettet aber den Angehörigen der Mittelschichten als Angehörigen der werktätigen Bevölkerung die physische Existenz und deren ökonomische und politische Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung.

Die Lösung der Arbeiter- und Bauernregierung, die Lösung der Erfassung der Sachwerte, die Lösung zur Entwaffnung der konterrevolutionären Bourgeoisie und Bewaffnung des Proletariats sowie die Lösung des Bündnisses mit Sowjet-Russland ist auch die Lösung zur Befreiung der Mittelschichten, wie es die Kampflösung des Proletariats für seine eigene Befreiung ist.

Indem der Zentralschuss einmütig diese klaren Lösungen aufstellte und über Mittel und Wege beriet, hat die Partei diese Lösungen durch vernichtete Arbeit in die Wirklichkeit umsetzen kann, hat der Zentralschuss geleistet, was seine Aufgabe war.

Betrieb - Gewerkschaft

Aus der Wäschebrauerei

Die Wäschebäuerinnen haben sich schon des öfteren mit ihren geradezu erbärmlichen Löhnen beklagt. Sie verlangten eine Erhöhung der Grundlöhne um 100 Prozent, welche über von den Fabrikanten abgelehnt wurden. Nach diesem hätte der Spitzenlohn 32 700 Mark pro Stunde betragen müssen, so viel wie eine ungelernete Arbeiterin über 24 Jahre erhält. Am Dienstag besaßte sich eine gut beladene Verammlung erriet mit den von den Fabrikanten festgesetzten Löhnen, welche in der Woche vom 6.-11. August bezahlt werden sollen. Darnach erhält eine geübte Wäschebäuerin im 6. Berufsjahr 16 350 Mark, eine selbständige Zuschneiderin 21 905 Mark pro Stunde. Die Haltung der Fabrikanten wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Ein Kriegsverleugner, welcher bei der Firma Sachs junior, Saucystrasse, als Zuschneider beschäftigt gewesen ist, teilte mit, daß er an Lohn pro Stunde 700 Mark erhalten hat. Er wandte sich an keine Gewerkschaft, den Deutschen Befreiungsarbeiterverband, wo ihm aber erklärt wurde, daß sie nichts für ihn tun können. Weiter wurde in der Verammlung mitgeteilt, daß sich die Herren Fabrikanten alle Mühe anstrengen haben, die Bäuerinnen zu beruhigen. Die Firma Eduard Bierschowsky jr. erteilt an die Bäuerinnen folgende Erklärung:

Zur Aufklärung!

Herr Baal, der Leiter des Breslauer Befreiungsarbeiter-Verbandes, Gewerkschaft 12, hat sich in Unkenntnis der zwischen den anderen Verbänden und den Arbeitgebern getroffenen Vereinbarungen bemüht, in seiner Zeitung vom 1. August 1923 ein Referat zu erlassen und für Dienstag, den 6. August eine öffentliche Verammlung einzuberufen.

Herr Baal wird von den andern Gewerkschaften nicht für gleichberechtigt zugelassen und hat daher keine Kenntnis von den getroffenen Vereinbarungen. Aus dieser Ursache versucht er die Bäuerinnen durch unrichtige Angaben zu beruhigen und für seinen Verband Mitglieder zu werben. Die Vereinbarungen der Tarifkommission vom 17. Juli sind als Grundlöhne zu betrachten und erhöhen sich die darin angegebenen Löhne vom 5. August ab durch jeweilige festgesetzte Induzzahl, die für diese Woche einen Zuschlag von 22 Prozent beträgt, so daß eine Bäuerin im 6. Berufsjahr 5000 Mark Grundlohn und Zuschlag 22 Prozent 11 350 Mark, zusammen 16 350 Mark Stundenlohn erhält. Für die Zukunft wird die Induzzahl wöchentlich berechnet und in der Arbeitgeber-Zeitung wieder bekannt gegeben werden. Es besteht als durchaus keine Veranlassung, auf die unwahren Mitteilungen des Herrn Baal Wert zu legen.

Die Bäuerinnen können allerdings mit solchen Erklärungen nicht ihren Hunger stillen, denn bei solchen Löhnen sind sie dazu gezwungen, aber es ist doch bezeichnend für die Bekleidungsindustrie, wie man die Bäuerinnen dazu zu machen versucht. Leider haben die Bäuerinnen für solche Erklärungen kein Verbandsbündnis mehr und besser wäre es schon gewesen, wenn die Fabrikanten einmal ihren Arbeiterinnen den Weg gezeigt hätten, wie man mit einem solchen Gehalt seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Herr Baal, der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, hat ja davon schon Proben gegeben, indem er sagte, die Bäue-

rinnen sollen sich einschränken. Nach dem neuesten Hungervertrag scheinen die übrigen Fabrikanten derselben Meinung zu sein. Alles, was der Bekleidungsarbeiter-Verband bisher über die Bewegung geschrieben hat, ist bisher von den Fabrikanten nicht widerlegt worden, und damit ist die Haltung der Arbeitgeber ihren Arbeiterinnen gegenüber gekennzeichnet. Wenn die Herren sich so rein fühlen, warum hat denn Herr Baal seine Leute aufgeföhrt, die angelegte Verammlung nicht zu besuchen. Das Gegenteil, von dem, was man wollte, ist erreicht worden und auch alle Erklärungen werden daran nichts ändern. Die Verammlung nahm denn auch von dem Verhalten der Arbeitgeber gebührend Kenntnis und beschloß einstimmig nachfolgende Entschliessung:

Die heutige öffentliche Verammlung der in Betrieben beschäftigten Wäschebäuerinnen nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Festsetzung ihrer Löhne. Die Verammlung bezeichnet diese Löhne als Hungerlöhne, und verurteilt die Handlungsweise der Fabrikanten, die so geringfügig alle berechtigten Forderungen der Bäuerinnen ablehnen. Die Verammlung verlangt, daß alle Grundlöhne um 20 Prozent aufgebessert werden, damit ein Ausgleich für die Lebensbedingungen geschafft werde mit Nachzahlung vom 16. Juli. Sollen die Fabrikanten sich innerhalb 24 Stunden weigern, diesem berechtigten Forderungen Rechnung zu tragen, wird sie vor dem äußersten Mittel nicht zurückschrecken.

Was fordert der AOB. Ortsauschuss Breslau in 12. Stunde?

In einem langen Aufruf stellen Ortsauschuss des AOB. und ABA-Bundes folgende Forderungen auf:

1. Rücksichtnahme auf die noch vorhandene Arbeitskraft als die Voraussetzung alles Volkswohlfühandes und wichtigsten Faktors für den Wiederaufbau durch:
 - a) schnelle Angleichung der Festlohndiensteinkommen an die Preisverhältnisse von 1914.
 - b) Sicherung rechtzeitiger Lohnzahlung in längstens wöchentlichen Fristen mit passenden Zahlungsmitteln.
 - c) Sicherstellung der Ernährung durch Beschlagnahme der Grundrenten bei auch nur veranzeter Zurückschaltung durch Polizeikräfte der Bezirgsgebiete.
2. Wird eine allmähentlich nach dem Reichsindex zu regelnde anomale Unterführung für diese Zeiten jeder Art und Erwerbslose gefordert, sozern letzteren keine passende Beschäftigung nachgewiesen werden kann.

Es dürfte und unzulänglich wie die vorgelegene halbe Stunde Arbeitsruhe sind auch die Forderungen. Anstelle einer sofortigen Beschlagnahme aller lebensnotwendigen Waren beschließt sich der Ortsauschuss auf die Forderung nach Beschlagnahme von zurückgehaltenen Grundrenten. Obgleich heute mehr wie je wirtschaftliche Forderungen auch politische Forderungen sind, verweigert der Ortsauschuss anglich jede Beschlagnahme zu dem politischen Problem, Sachverfassung, Censurpolitik etc. Die ganze Aktion des AOB. entspricht sich als eine leere Demonstration. So lange der Ortsauschuss nicht angibt, mit welchen Mitteln und auf welchem Wege er seine Forderungen durchzusetzen gedenkt, werden die

notleidenden Massen den Kampf um Erhaltung ihrer Existenz ohne ihn und wenn es lehn muß, auch über die Köpfe seiner Führer hinweg führen. Der Betriebsrätekongress am Sonntag wird den schließlichen Arbeitern die Wege zeigen, die aus dem Elend führen.

Aus der Schultzebrauerei

Der Kollege K. verteilte in der Schultzebrauerei Flugblätter „An die Arbeiter Schultze“ und ließ eine Sammelliste für den Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte anfertigen. Der technische Direktor ließ den Kollegen K. zu sich rufen und verbot ihm, die Betriebe kommunistische Flugblätter während der Arbeitszeit zu verbreiten. Der Kollege erklärte ihm darauf, daß er die Flugblätter während seiner freien Zeit in der Frühstücks-pause verteilt habe. Auch dies verbot ihm der Direktor. Kollege K. machte nun dem Direktor klar, daß die Arbeiterschaft sich nicht länger die Provokationen der Bismarckbündler und Hitlerbanden gefallen lassen würde. Wenn

Betriebsräte-Konferenz

Die zur Betriebsrätekonferenz am Sonntag, den 12. August, vormittag 9.30 Uhr, in Breslau, in der Wratistawia am Mauriliusplatz erscheinenden Betriebsräte müssen als Ausweis ihre Betriebsrätekarte mitbringen. Sollten einige die Karten noch nicht haben, genügt ein anderer Ausweis, welcher ihn als Betriebsrat ausweist.

Der Reichsausschuss

die Arbeiterschaft nicht rechtzeitig den Kampf gegen die Faschisten aufnimmt, dann muß sie unterliegen. Wie der Herr Direktor das Wort faschisten hörte, sprang er wütend auf und meinte, daß es in Deutschland gar keine Faschisten gäbe, sondern nur in Italien. Der Kollege K. wies dann darauf hin, daß es faschistische Horden waren, die am 20. Juli die Fensterheben eingeschlagen haben und sich die Not der Arbeiter zunutze machten, und sie ins Blutbad jagten. Der Direktor meinte, die Arbeiter verständen nicht, was Faschismus ist. Er erkundigte sich dann noch nach der Sammelliste, die mit Genehmigung des Betriebsrates zirkulierte, und verbot ein für alle male, daß Sammellisten ohne seine ausdrückliche Genehmigung nicht herumgehen dürfen.

Vielleicht bestimmt der Herr Direktor nächstens noch, was die Arbeiter mit ihrem sauer verdienten Gelde machen. Die Belegschaft des ganzen Betriebes muß ihm die richtige Antwort erteilen.

Ein Musterbeispiel von Soldatität und Klassenbewußtsein

Von den Genossen auf der Melchiorstraße Sittersbach wurden 2 254 700 Mk. gesammelt für den Reichsausschuss der Betriebsräte. Auf die Liste 32 039 ist durch den Genossen Langner in der Schuhfabrik Roth und Wittenberg 80 000 Mk. gesammelt worden.

Der billige Arbeiter der Welt Eine bürgerliche Stimme

Die „Berliner Volkszeitung“ vom 8. August bringt einen Artikel „Seuthche Arbeit, die billige der Welt! Zahlen gegen Schlagwörter.“ Es heißt darin:

„Bis weit nach links erstreckt sich die Reihe derjenigen Volksvertreter, die mit solchen Schlagworten die Unzufriedenheit der von ihnen vertretenen Klassen und Schichten zu wecken suchen. Selbst Gewerkschaftsführer, Sozialdemokraten halten es schon für eine gewaltige Arbeitsleistung, wenn sie die bestehenden Löhne vor weiteren Verfall bewahren können. (Wie unvollkommen und geradezu verhängnisvoll die gewerkschaftliche Aktion für werbefähige Löhne ausgegangen ist, darauf wird später zurückzukommen sein.) Der Kampf um die Erhöhung des Reallohnes, der bei gelehrten Arbeitern kaum die Hälfte, bei den meisten Angestellten ein Fünftel des Friedensgoldlohnes ausmacht, wird als eine Zukunftsaufgabe, etwa wie die Sozialisierung, bezeichnet, an deren Erfüllung nicht sobald zu denken ist. Es ein langwieriger Gewerkschaftskampf ist noch ungeheuer stolz darauf, daß er als Verächter aller Populärthaten der Massen diese „bittere Wahrheit“ ins Gesicht laßt. Ah, dazu gehört kein großer Mut.“

Vor diesen geduldigen deutschen Massen hat ein kurlisch Staatssekretär Dr. Hirsch gesagt, es sei erkranklich, wie lauthals eine große Volksmenge sich zugunsten anderer Volkschichten verenden läßt. Man braucht die Massen nur den an ihnen verübten Betrug als ein Naturgesetz hinzustellen, dann ist man der Höhe enthoben, gegen diesen Betrug energisch anzukämpfen.

Alles Gerade schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß auf der ganzen Erde in keinem Lande die Arbeit so schlecht bezahlt wird wie in Deutschland. Nur in Deutschland war es möglich, daß der Reallohn von 1914 den Ar-

betern um die Hälfte, den Angestellten um mehr als drei Viertel gelürzt werden konnte. Und die deutschen Arbeiter waren immer so stolz darauf, die stärksten Gewerkschaften der Welt und die stärkste sozialistische Parteiorganisation zu haben. Im Ausland das den Reallohn in der Verarmung und Währungsverschlechterung geschlagen hat, haben die Arbeiter den Reallohn der Vorkriegszeit noch nicht erreicht, aber sie stehen doch weit günstiger da als die deutschen Arbeiter. In Vorkriegsrubeln ist der durchschnittliche Reallohn eines Industriearbeiters in Moskau zunächst von 25,3 vor dem Kriege auf 18,6 im Januar 1923 gefallen, dann aber auf 20,5 im Februar und 22,1 im März dieses Jahres gestiegen. Die deutschen Arbeiter könnten sich glücklich schätzen, wenn ihr Friedensreallohn heute nur um ein Sechstel gesunken wäre. Die Arbeiter der russischen Nahrungsmittel-, Tabak- und chemischen Industrie hat übrigens den Reallohn der Vorkriegszeit bereits überschritten.“

Soweit die „Volkszeitung“. Die deutschen Arbeiter müssen es sich also von einer bürgerlichen Zeitung sagen lassen, daß sie viel zu geduldig sind. Wenn die „Volkszeitung“ auf die erfolglosen Gewerkschaftsaktionen hinweist, so tut sie dies, um die Gewerkschaften als solche zu mißkreditieren und die Mitglieder zum Austritt zu veranlassen, die Organisation zu zerstören. Aber nicht die Gewerkschaften haben sich als unfähig erwiesen, sondern die reformistischen Führer. Gegen sie müssen die Gewerkschaftsmitglieder darum endlich die Einheitsfront erzwingen, die in einheitlicher Aktion die Ausbeuterklasse zurückschlägt.

Werden die Arbeiter länger dulden, daß ihnen von den Reformisten Lügen über die russischen Arbeiter vorgelesen werden, anstatt ihnen den Ausweg zu zeigen? Die Lebenshaltung des russischen Arbeiters ist viel besser als die der deutschen. Im Kampf gegen die kapitalistische Welt hat das russische Proletariat Ordnung in die Wirtschaft geschaffen.

Darum müssen endlich die deutschen Arbeiter die Macht der freien Gewerkschaften einsehen, um die deutsche Hungertatrophe zu belegen. Die unmittelbaren Ziele sind: Beschlagnahme der Lebensmittel und wichtigen Bedarfgegenstände und Verteilung unter Arbeiterkontrolle, Friedensreallohn, Sachverfassung und stabile Währung und Arbeiterregierung.

Die Landarbeiter in Bewegung

In einer am 5. August in Magdeburg stattgefundenen Konferenz der Landarbeiter wurde eine Resolution gefaßt, in der sich die Delegierten verpflichten, mit den scharfen Waffen den Kampf um den Friedensreallohn zu führen. Die Konferenz beschloß einen offenen Brief an die Ouleitung des AOB. und den Zentralverband der Landarbeiter, in dem diese aufgefordert werden, gemeinsam mit dem Verband der Land- und Waldarbeiter den Kampf um die aufgestellten Forderungen einzuleiten. Die Konferenz umfaßte eine ebenso große Anzahl AOB-Vertreter, wie Vertreter des AOB., neben einigen Vertretern des Zentralverbandes der Landarbeiter und unorganisierte Landarbeiter. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Im Kreis Bernburg (Anhalt) sind die Landarbeiter in Streik getreten. Der AOB. steht ihm ablenkend gegenüber. Technische Hilfe wurde eingeleitet.

Auch die Landarbeiter des Kreises Weenen (Ostfriesland) stehen im Streik.

Landbund und Nationalfeiertag

Der Reichslandbund hat an den Reichslandtagler eine Eingabe gerichtet, er solle verhindern, daß der 11. August ein Nationalfeiertag würde, und wenn er dazu nicht imstande sei, wenigstens einen Aufruf an die Landarbeiter herauszugeben, damit diese am 11. August arbeiten. Die Landarbeiter müssen den sogenannten Verfassungstag zu mächtigen Rundgebungen gegen ihre Ausbeuter, gegen diese demokratische Republik, die sie dem Hunger überläßt, gestalten.

Eutterbed macht Schule bei den Gewerkschaftsführern

Die Schachanlage Schlägel und Eisen 5-6 in Eckerbed bei Eilen steht seit Samstag wegen Zahlung des fälligen Lohnes im Streik. Getrenn ihrer Tradition verhalten sich hier die reformistischen Gewerkschaftsführer, die Bergarbeiter vom Streik abzuhalten. Als ihr Vorhaben vereitelt wurde, beriefen sie eine Verammlung ihrer Mitglieder ein, um dieselben einzulassen. Da sie Angst hatten, daß evtl. auch die anderen Arbeiter erscheinen würden, wandten sie sich um Schutz an die Besatzungsbefehle. Prompt erschienen dann auch 5 französische Soldaten mit aufgeflogten Seitengewehren.

Die deutschen und französischen Kapitalisten haben ein Interesse daran, ihre Sklavenanstreiter vor den Arbeitern zu schützen.

